

(Abgeordneter Arzt.)

- (A) Steuern, 120 M. für Kost, 15 M. für die Karlsruher Lebensversicherung, 10 M. für Lehrerverein, Pensionszuschuß, Krankenkasse usw., 20 M. für Abzahlung eines Anzugs und 25 M. für kleine Ausgaben, für Schuh- und Kleiderausbesserungen, Bücherankauf usw. Das macht eine monatliche Ausgabe von 212 M. Er hat aber nur ein Gehalt von 91 Mark 66 Pfennig pro Monat, Teuerungszulage 10 M., 15 M. Kriegsteuerzuschuß, 20 M. Wohnungs-, Heizungs- und Lichtgeld und 12 Mark 50 Pfennig Turnstundengeld; das macht eine Gesamteinnahme von 159 M. Es bleibt also Monat für Monat eine Schuld von über 50 M. Nun können Sie sich einmal denken, wie das auf die Dauer wirken muß. Aber wie gesagt, ich will es mir heute versagen, weiterhin auf diese ganze Angelegenheit einzugehen. Es kommt ja nicht darauf an, daß wir uns hier im einzelnen über die Not unterhalten. — Ich empfehle einem jeden unserer Kollegen, daß er eingehend die Denkschrift des Sächsischen Lehrervereins studiert. — Wir Sozialdemokraten sind der Meinung, daß hier schleunigst Abhilfe geschehen muß. Es muß also jetzt unbedingt in eine Gehaltsregulierung der Lehrergehälter eingetreten werden, und zwar muß dabei zum Ausdruck kommen, daß nun endlich dieser alte Grundsatz, um den die Lehrerschaft schon vor wie lange gekämpft hat und der für sie zu einer Ehrensache geworden ist, der auch von seiten der Regierung, auch von seiten verschiedener Mitglieder der Kammer anerkannt worden ist, dabei zur Durchführung gebracht wird, nämlich die Einreihung des Lehrers in gehaltlicher Beziehung zwischen den Lehrern an den höheren Schulen und den Beamten mit Volksschul- oder Realschulbildung. Die Sozialdemokratische Partei stellt sich also auf den Standpunkt, daß bei dem neuen Gehaltsgesetz dieser Grundsatz restlos zur Durchführung gebracht werden muß. Das sogenannte ständige Gehalt ist vom 25. Lebensjahre an zu beziehen.

Noch eins möchte ich dabei erwähnen, daß selbstverständlich auch der Ruhestandler nicht leer ausgehen soll. Ich verweise in dieser Hinsicht auf die Ausführungen, die mein Kollege Lange gemacht hat.

Wir sind uns nun darüber einig, daß solche Forderungen an die Gemeinden unglaubliche Ansprüche stellen und daß die Gemeinden gar nicht mehr in der Lage sind, diese Schullasten zu tragen. Deshalb fordern wir, daß eine Übernahme der Gehälter auf den Staat zu erfolgen hat. Wir sprechen also damit die grundsätzliche Gleichstellung der Lehrer in Stadt und Land aus. Es kommen für den Betreffenden bloß das Wohnungsgeld und die Servisklassenzulage hinzu, aber wir glauben, daß wir diesen Grundsatz heute ohne Bedenken aussprechen können. Bei einer alten reaktionären Regie-

runge hätten wir uns gestraußt, diesen Grundsatz auszusprechen, weil ja immer die Gefahr bestand, daß, sobald der Staat diese Gehälter zahlt und die Schullasten in dieser Weise trägt, der Lehrer, der irgendwie mißliebig ist, meinetwegen von Dresden irgendwohin, vielleicht nach Kottenhaide, verfrachtet werden kann. Wir wissen, daß von dem Augenblicke an, wo alle Macht in die Hände der Kammer gelegt ist, mit einer derartigen Disziplinarwirtschaft nicht mehr gerechnet werden kann und daß man deshalb dem Grundsatz der Übernahme der Gehälter auf den Staat in der gegenwärtigen Zeit ruhig aussprechen darf.

Alles dasjenige, was die Gemeinde an Aufbringung von Gebäuden, an Pflege der Gebäude, der Lehrmittel usw. hat, soll die Gemeinde haben, denn die Gemeinde hat dann auch ein lebhafteres Interesse an den ganzen Schulangelegenheiten, aber sie ist entbunden, die finanziellen Lasten für die Lehrergehälter zu zahlen. Dann ist auch die Möglichkeit gegeben, daß die einzelnen Lehrer sich leichter zwischen Stadt und Land austauschen können. Wir wissen sehr wohl, daß es z. B. in der Großstadt Lehrer gibt, die ihre Kinder heraus haben und die sehr gern auf das Land hinaus wollen, während von dort ein Lehrer ohne weiteres in die Stadt hereingenommen werden kann, denn wir dürfen nicht vergessen, daß wir darauf bedacht sein müssen, daß auch die kleinste Schulgemeinde ihren pädagogisch tüchtigen Lehrer bekommen soll. Ein Lehrer, der nicht auf der Höhe ist, kann unter Umständen ganze Generationen einfach verderben, und deshalb ist auch von diesem Gesichtspunkte aus ein leichteres Fluktuieren nur zu begrüßen.

Wenn dann diese Lasten der persönlichen Bezahlung auf den Staatsäckel übernommen werden, glauben wir, daß auf diese Weise bei einer Regelung der Gehälter auch eine ganze Anzahl der Wünsche der Junglehrer ohne weiteres befriedigt werden. Vor allen Dingen möchte ich dabei betonen, daß dadurch auch ohne weiteres das Provisorium wegfällt. Nur einen Gedanken möchte ich noch betonen, daß sich dadurch die Gemeinden leichter zu Zweckverbänden zusammenschließen können.

Nun noch ein kurzes Wort zu den Kriegseminaristen! Die Kriegseminaristen sind ja auch durch den Krieg in eine eigentümliche Lage gekommen. Für die Kriegsprüfungsprimaner ist ein Sonderlehrgang geschaffen worden, sie sind zu Kursen zusammengenommen worden, um schnell zu einem Abschluß zu kommen. Da wird nun verlangt — und ich unterstützte das ohne weiteres —, daß in diesen Kursen die Fremdsprachen wegzufallen haben, und die letzte Halbjahrsprüfung vor Eintritt in das Heer soll in das Reisezeugnis aufgenommen werden. Es hat ja gar keinen